Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 17,300.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter den Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 140. Sonnabend den 20. Mai 1882. 76. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 21. Mai,
Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung,
die am 20. und 21. Mai d. J. stattfindenden Rennen zu Leipzig betreffend.

Aus Anlaß der am 20. und 21. dieses Monats auf dem Rennplatze hier stattfindenden Rennen wird zur Aufrechterhaltung der Ordnung, sowie zur Sicherung des Verkehrs hiermit Folgendes verordnet:

1) Von 12 Uhr Mittags bis 6 Uhr Nachmittags bleibt der Scheibenweg vom Schleußiger Wege bis zum Johannapark und von der Brandbrücke bis zum Kirschwehr **für den öffentlichen Fahr- und Reitverkehr**, sowie vom Schleußiger Wege ab bis zum Scheibengehölz auch für den **Fußverkehr gesperrt.**
2) Wagen, welche **in** die Rennbahn gelangen wollen, haben den **Hinweg** über den Fleßplatz, die Dufourstraße und den Schleußiger Weg, den **Rückweg** aber durch das Scheibengehölz und den Johannapark zu nehmen.
3) Wagen, welche nur bis an den Eingang zur Rennbahn bei der Einmündung des Scheibenweges in den Schleußiger Weg fahren, haben den Rückweg durch die Mühlmannstraße und Körnerstraße zu nehmen.
4) Alle in der Richtung nach der Rennbahn verkehrenden Wagen müssen vom Fleßplatze ab eine **Reihenfolge** bilden und dieselbe streng einhalten.
5) Der gesammte Fahrverkehr hat sich auf den von ihm benutzten Straßen und Wegen stets **rechts** zu halten.
6) **Auf dem Schleußiger Wege dürfen Wagen nicht halten.**
7) Die **Droschkenführer müssen das** Fahrgeld von den Fahrgästen **vor** dem Einsteigen erheben. Das Fahrgeld beträgt für
   eine Person 1 ℳ,
   zwei Personen 1 ℳ 25 ₰,
   drei Personen 1 ℳ 50 ₰,
   vier Personen 1 ℳ 75 ₰.

Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnungen, für deren strenge Beobachtung die Schutzmannschaft Sorge tragen wird, werden mit Geldstrafe bis zu 60 ℳ oder Haft bis zu vierzehn Tagen bestraft.

Leipzig, am 15. Mai 1882.

Der Rath und das Polizeiamt daselbst.
Dr. Georgi. Richter. Hennig.

Bekanntmachung.

Die Wochenmarktstände, welche während der Legung der Pferdebahngeleise im **Brühl** daselbst nicht untergebracht werden können, werden auf die Dauer der gedachten Arbeiten in die **Ritterstraße** verlegt.

Der Handel mit **Pfingstmaien** am Tage vor Pfingsten findet diesmal auf dem **Fleischerplatze** statt.

Leipzig, den 17. Mai 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Trändlin. Hennig.

Bekanntmachung.

Längs der Ufermauer an der Jacobstraße **sollen** Granitplatten von 1.75 Meter Breite und Granitschwellen von 0.25 Meter Breite gelegt und die damit verbundenen Lieferungen und Steinmetzarbeiten an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen und Zeichnung für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:

„Granittrottoirs in der Jacobstraße"

versehen ebendaselbst und zwar bis zum **31. Mai d. J.,** Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Leipzig, am 15. Mai 1882.

Des Raths der Stadt Leipzig
Straßenbau-Deputation.

Bekanntmachung.

Die Pflasterung der **Jacobstraße** mit Schlackensteinen und die der Fußwege daselbst mit Mosaikkleinen soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:

„Pflasterung der Jacobstraße"

versehen ebendaselbst und zwar bis zum 31. Mai d. J., Nachmittags 5 Uhr, einzureichen.

Leipzig, am 15. Mai 1882.

Des Raths der Stadt Leipzig Straßenbau-Deputation.

Bekanntmachung.

Das Gehen, Reiten und Fahren auf den im Gebiete der Elster-Regulirung I. Section, mittlere und untere Abtheilung, befindlichen Flutbrunnen, Dämmen, Böschungen und sonstigen Anlagen außerhalb der besonders angewiesenen und gepflasterten Wege ist bei Geldstrafe bis zu 150 ℳ oder Haftstrafe bis zu 2 Wochen, soweit nicht in den allgemeinen Strafgesetzen für die zur Beurtheilung vorliegende Zuwiderhandlung eine das vorstehend erwähnte höchste Strafmaß übersteigende Strafe angedroht ist, verboten.

Den 9. Mai 1882.

Der Königl. Commissar für die Elsterregulirung, I. Strecke, mittlere und untere Abtheilung.
Dr. Fischer, Amtshauptmann.

Erledigt

hat sich die am 22. Februar c. erlassene Bekanntmachung, den Mechaniker **Christian Friedrich Moritz Arnold** betreffend.

Leipzig, den 13. Mai 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
(Armen-Amt.)
Ludwig-Wolf. Dolge.

Oeffentliche Buchhändler-Lehranstalt.

Die in §. 7 der Statuten der Lehranstalt für Buchhandlungslehrlinge vorgeschriebene **Aufnahmeprüfung** der neuangemeldeten Schüler findet **Montag den 22. Mai a. c.** früh 6 Uhr im Schullocale, **Alte Thomasschule,** statt. Papier und Feder sind mitzubringen. **Der Unterricht** beginnt **Dienstag** den 23. Mai früh 6 Uhr.

Der Director.

Nichtamtlicher Theil.

Fenier und Landliga.

Während man bisher glaubte, daß in Irland eine einzige geschlossene Partei den Kampf gegen England führe und daß diese Partei mit dem „no rent"-Manifest die Höhe ihres Widerstandes erreicht habe, ist jetzt drohend die Gewißheit hervorgetreten, daß es nicht die Landliga allein ist, die sich gegen England erhoben hat. Die vielen agrarischen Morde in Irland hätten schon längst beweisen können, daß neben der Landliga noch eine andere gewaltthätigere Richtung existirt, die nicht durch äußere Organisation, sondern durch einen wilden Terrorismus die englische Oberherrschaft zu brechen hofft. Dieser Partei fallen auch die beiden Morde im Phönix-Park, die Europa so sehr in Aufregung versetzt haben, zur Last, und sie wird sich schwerlich herbeilassen, ihre Schuld abzuleugnen, sondern sie wird, ähnlich wie die russischen Nihilisten, dieselbe dreist auf sich nehmen. Wir meinen die Partei der Fenier; denn es kann kein Zweifel obwalten darüber, daß es fenische Dolche waren, die im Dubliner Park zur Anwendung gebracht wurden.

Der Name der Fenier ist noch bekannt genug; und wenn man glaubte, daß dieser Bund eingeschlummert sei, so hat man jetzt den furchtbaren Beweis, daß man sich darin getäuscht hat. Die Fenier sind im Gegensatz zu der Landliga eine mehr politische Partei; sie haben sich den gänzlichen Sturz der englischen Herrschaft als Ziel gesetzt, während die Landliga sich lediglich auf die agrarische Frage beschränkt. Die Mittel der Liga sind im wirthschaftlichen Leben dasselbe, was etwa die Steuerverweigerung im politischen; die Fenier hingegen haben seit ihrem Bestehen zu den rohen Mitteln des Mordes und des Todtschlags gegriffen.

Der Fenierbund wurde gegründet in Erinnerung an den irischen Aufstand von 1798, dem bekanntlich ein französisches Corps zu Hilfe kam; man verlegte den Schwerpunct der Organisation nach Nordamerika und setzte dort eine förmliche irische Regierung in partibus ein, welche auch als solche functionirte. Aber die englische Regierung schritt noch vor dem Ausbruche des Aufstandes in Irland, der im größten Maßstabe geplant war, ein, verhaftete die in Irland befindlichen Führer und kam so der Bewegung zuvor. Nach einigen zum Theil mörderischen Demonstrationen schien der Fenianismus sein Ende gefunden zu haben, bis sich in der letzten Zeit seine Existenz wieder ankündigte.

Diese verzweifelte Partei ist es, gegen die sich die neuen Zwangsgesetze richten sollen, die Gladstone nunmehr im Parlament vorgeschlagen hat. Wenn man die Situation reiflich überlegt, so kommt man zu der Erkenntniß, daß Jene doch nicht so ganz unrecht gehabt, welche verlangt haben, man solle den Weg der Reformen betreten; und man befürchtet nicht mit Unrecht, die neuen Zwangsmaßregeln möchten die ganze irische Bevölkerung dem Fenianismus in die Arme treiben. Jedenfalls sind die Vorschläge englischer Blätter, Irland in eine Einöde zu verwandeln und die Irländer gleich den indischen Thugs zu tractiren, mehr als unbesonnen, denn sie machen eine Nation für die That einiger Wenigen verantwortlich. Uns scheint, wenn es so fortgeht, wird ein positives Resultat bei der Sache gar nicht herauskommen, wohl aber ein negatives, nämlich ein endloser mörderischer Kampf und die Ueberzeugung, daß England nicht fähig ist, die irische Frage zu lösen.

Leipzig, 20. Mai 1882.

Zur **parlamentarischen Lage** wird uns aus **Berlin** vom Donnerstag geschrieben: „Eine solche „Commissionsberathung", wie sie dem **Tabakmonopolentwurf** zu Theil geworden, ist schwerlich bisher in unserer parlamentarischen Geschichte erlebt worden. Nur noch eine Sitzung und die Commission wird ihr Werk der Prüfung vollendet haben, nachdem sie im Ganzen dreimal zusammengetreten. Sie hat gestern in einer Stunde die ersten 32 Paragraphen der Vorlage abgethan, sie wird für den Rest von 40 Paragraphen am Freitag nicht längere Zeit gebrauchen. An wem die Schuld dieses summarischen Verfahrens liegt, braucht nicht erst gesagt zu werden. Daß sie nicht an den Mitgliedern der Commission liegt, kann nur für die übelwollenden Interpretationskünste der Officiösen zweifelhaft sein. Es bestand von vornherein ein unlöslicher Widerspruch zwischen dem loyalen Entgegenkommen der Reichstagsmehrheit, die eine commissarische Vorberathung des Monopolentwurfs zugestand und der Aufgabe, ein Gesetz im Detail zu berathen, dessen Verwerfung im Princip unabwendlich war. Die Folgen zeigen sich in einem Acte, der wie eine Verhöhnung des Reichskanzlers aussieht und doch gewiß nicht als solche beabsichtigt war; sie zeigen sich in einem Geschwindschritt der Berathung, welcher als unreife Flüchtigkeit gedeutet werden könnte und doch noch dem anderen Extrem, nämlich der Komödie einer gründlichen akademischen Unterhaltung ohne Ziel und Zweck, vorzuziehen ist. So ist diese unselige Monopolfrage in allen ihren Stadien von Irrungen und Verwirrungen begleitet, und es scheint, daß etwas Correctes und Normales in dem ganzen Verlauf der Angelegenheit gar nicht zu Stande kommen soll. Zuerst das überraschende Votum des Volkswirthschaftsraths, dann die seltsame Gruppirung von Majorität und Minorität im Bundesrath, jetzt eine Commissionsverhandlung, die selbst den Freunden des Monopols die Anerkennung abzwingt, daß es besser gewesen wäre, gar keine Commission zusammentreten zu lassen, als diese neue Niederlage zu provociren. Wenigstens ist aber jetzt das Schreckgespenst der Windthorst'schen Permanenzcommission definitiv beseitigt. Wenn auch der Centrumsführer seinen Vorschlag in Bezug auf die Unfalls- und Krankenversicherungs-Commission festhalten sollte, so ließe sich über diese Idee als eine vorzugsweise praktische und der politischen Pointe in der Hauptsache entbehrende vielleicht reden, und es dürften selbst von den Liberalen sich manche Stimmen dafür aussprechen. Andererseits aber ist es fraglich, ob der Abg. Windthorst an seinem Gedanken der Permanenzcommission noch große Freude hat, nachdem seine eigentliche Absicht, die Verschleppung der Entscheidung über das Monopol, gründlich vereitelt worden ist."

Das neueste Beiheft zum **Marineverordnungsblatt** enthält einen sehr beachtenswerthen, fachmännischen Aufsatz über die Bedeutung, welche die **Spirituosen** und die **aromatischen Getränke** (also im wesentlichen Branntwein, Wein, Bier, Kaffee, Thee und Cacao [Chocolade]) bei der Schiffsverpflegung für die Gesundheit haben. Bei Einführung oder Neugestaltung der Schiffsverpflegungen sind verschiedene Nationen von ganz verschiedenen Gesichtspuncten ausgegangen. So sind in der amerikanischen Verpflegung die durch Destillation gewonnenen Spirituosen ganz ausdrücklich von der Liste des Erlaubten gestrichen, während die französische einen ziemlich ausgedehnten, nicht nur gelegentlichen, sondern diätetischen Gebrauch davon macht. Nach vorangegangenen wissenschaftlichen Auffstellungen kommt der Verfasser hinsichtlich des Branntweins zu dem Schlusse, daß derselbe als diätetisches Mittel sich in allen Klimaten als entbehrlich erweise und dessen Anwendung als eines regelmäßigen Verpflegungsmittels, in welchem Klima es auch immer sein solle, auszuschließen, ihm vielmehr die Rolle eines gelegentlich zu verabreichenden Genußmittels zuzuweisen sei. Bei Zuständen der Erschöpfung, besonders bei Herzschwäche, erscheine er von anregendem, wenn auch nur vorübergehendem Einflusse, vermöge dagegen im Allgemeinen die Leistungsfähigkeit eines Individuums nicht zu erhöhen. „Die Frage, ob gänzliche Enthaltsamkeit von Spirituosen oder ein gelegentlicher, mäßiger Gebrauch derselben vorzuziehen, ist durch die bisherigen Erfahrungen nicht gelöst. Nach den Erfahrungen der Nordpol-Expeditionen von Nares konnte hinsichtlich des Befindens der Temperenzler und der übrigen Mannschaften gar kein Unterschied aufgefunden werden. Beide Kategorien — gesunde, kräftige und für die Reise ausgesuchte Leute — waren den Strapazen gleichmäßig gewachsen und zeigten gleiche Krankheitsziffern. Ein schädlicher oder günstiger Einfluß gegenüber der Entstehung von Infectionskrankheiten kommt dem Branntwein nicht zu."

Die Debatte über die **Wahlreform,** sowie über den Zolltarif dürfte im österreichischen Herrenhause in der nächsten Woche stattfinden, da die betreffenden Commissionsberichte erst in einigen Tagen zur Vertheilung gelangen werden. Der Berichterstatter über den Wahlreform-Gesetzentwurf, Fürst Windischgrätz, wird seinen Bericht der Wahlreform-Commission in den nächsten Tagen vorlegen. Die Budget-Commission zog den Gesetzentwurf, betreffend die Bedeckung des Pacifications-Credits, in Berathung.

Aus **Pest** wird telegraphisch gemeldet, daß die jüngsten Kundgebungen der Siebenbürger Sachsen zu Gunsten des Deutschen Schulvereins und gegen die Magyarisirungstendenzen Herrn v. Tißza sehr in Harnisch gebracht. Der Minister-Präsident soll sich geäußert haben, er werde dem ungarfeindlichen Treiben in Siebenbürgen nicht länger müßig zusehen und im Wege des Gesetzes gegen die sächsischen Agitatoren vorgehen. In Pest ist auch die Nachricht verbreitet, die Regierung beabsichtige einen bevollmächtigten Commissär nach Siebenbürgen zu senden, der eine Untersuchung gegen die „sächsischen Umtriebe" einzuleiten hätte.

Wie aus **Dalmatien** gemeldet wird, ist am 1. d. Mts. bei allen Truppen- und Heeres-Anstalten in Dalmatien und dem Occupationsgebiete, welche nicht im unmittelbaren Operationsraume stehen, der bis dahin bewilligte Bezug der Feldbeziehungsweise Bereitschafts-Zulage eingestellt worden.

Das Wiener „Armee-Verordnungsblatt" veröffentlicht das provisorische Statut über die Organisation der **bosnisch-herzegowinischen** Truppen. Der von den Wehrpflichtigen abzulegende Eid lautet: „Ich schwöre zu Gott, dem Allmächtigen, daß ich treu sein werde dem Kaiser und König Franz Joseph und allen Befehlen meiner Vorgesetzten gehorchen werde, selbst auf die Gefahr meines Lebens". Nach dem Statut verbleiben die bosnisch-herzegowinischen Infanterie-Compagnien bis auf Weiteres im Bereiche des Generalcommandos von Serajewo. Die mohamedanischen Soldaten erhalten zwei Militair-Imams. Die Mannschaften und die Oberofficiere tragen als Kopfbedeckung das Fez.

Wie aus **Lemberg** gemeldet wird, soll Sonnabend den verhafteten **Ruthenen** die Anklageschrift zugestellt werden. Die Vertheidigung der Angeklagten haben vier der tüchtigsten Rechtsanwälte Lembergs übernommen. Für diesen Proceß, der mehrere Wochen in Anspruch nehmen dürfte, sollen besondere Geschworene ausgelooft werden. Es heißt auch, daß mehrere russische Journale Special-Reporter zu den Proceßverhandlungen senden werden.

Aus **Lemberg** wird noch gemeldet: „Monsignore Bannutelli begiebt sich von hier nach Wien zurück. Es heißt allgemein, der päpstliche Nuntius habe seine Anwesenheit in Galizien zur Einholung von Informationen über die Verhältnisse der griechisch-katholischen Kirche mit Rücksicht auf die unter den Ruthenen in jüngster Zeit vorgekommene Neigung zur russisch-orthodoxen Kirche benutzt. — 278 russische Studenten jüdischer Confession, welche in Amerika sich niederzulassen gedenken, haben die galizische Grenze überschritten."

Aus **Bukarest** wird berichtet: „Wenn man stark verbreiteten, von Cogalniceanu selbst bestätigten, Gerüchten Glauben schenken darf, so wäre es dem russischen Einflusse gelungen, Cogalniceanu's Eintritt in das Cabinet als Minister des Aeußern durchzusetzen. Für Oesterreich-Ungarn wäre allerdings dabei so viel gewonnen, daß von diesem Zeitpuncte ab mit offenen Karten gespielt würde. Uebrigens wird sich Rußland bezüglich des Vorschlages Barère jeder bestimmten Aeußerung enthalten und warten, bis Rumänien mit seinen Vorschlägen auftritt, um diese dann nach jeder Richtung hin zu unterstützen."

In **Belgrad** haben unter dem Vorsitze des Königs Ministerberathungen stattgefunden, deren Gegenstand die Agitation gewesen, welche die **großserbisch-revolutionäre Partei** im ganze Lande mit verdoppeltem Eifer betreibt. Zumal sind der Regierung von der serbisch-bosnischen Grenze Nachrichten zugegangen, welche mit der Neutralität des serbischen Staates den Ereignissen in Bosnien und der Herzegowina gegenüber durchaus nicht im Einklange stehen. In jenen Grenzstrichen treiben sich eine Menge revolutionäre Agenten umher, welche den Landleuten einreden, das Ministerium in Belgrad sei von Wien aus bestochen und die Oesterreicher würden demnächst in Serbien einmarschiren. Man müsse deshalb, so lange es Zeit, die kämpfenden Brüder in Bosnien und der Herzegowina unterstützen, beziehungsweise durch starke, wohlorganisirte Freiwilligenschaaren den Oesterreichern in den Rücken fallen. Dieses unsinnige Treiben ist, wie es sich gelegentlich der jüngsten Reise des Königs gezeigt, leider nicht ganz erfolglos geblieben. Auch in Belgrad kann man jeden Abend in den Straßen das Geschrei „Nach Bosnien" hören. Selbst in der unmittelbaren Nähe des Königlichen Palais wird jener Ruf ausgestoßen. Ueberdies führen die revolutionären Journale gegen die Regierung die drohendste Sprache und prophezeien ihr geradezu ein Ende mit Schrecken. — Nach einem Telegramm aus **Uschitza,** das ein Hauptquartier der Actionspartei, ist dort eine geheime Patronenfabrik für die herzegowinischen Insurgenten entdeckt worden.

In **Rustschuk** sind, wie von dort berichtet wird, wieder vier russische Officiere a. D. angekommen, welche als Freiwillige nach der Herzegowina sich begeben wollen. Es sind dies die Hauptleute Migrinski und Sokolow und die Lieutenants Golubenko und Sawatowitsch. Dieser ist ein geborener Serbe, der längere Zeit im russischen Genie-Corps gedient und während des jüngsten russisch-türkischen Feldzuges sich im Balkan ausgezeichnet haben soll. Wenigstens trägt er mehrere russische Orden. Jeder dieser vier Officiere ist von einem ausgedienten als Diener verkleideten russischen Unterofficier begleitet. Die Pässe der Officiere lauten nach **Cettinje,** was auf die Vermuthung führt, daß jene die Absicht haben, die österreichischen Garnisonorte und Stellungen gegen die Insurgenten unstandlos zu passiren. Von Montenegro aus werden selbstverständlich jene russischen Freiwilligen schon Gelegenheit finden, sich dem Aufstande anzuschließen.

Für die neuen **Befestigungen Warschaus** sind, wie von dort geschrieben wird, sechs Millionen Rubel bereits der dortigen Hauptstaatscasse angewiesen worden. Die Anweisung des Restes von vier Millionen wird alsbald erfolgen. Man scheint es überhaupt mit jenen Befestigungen sehr eilig zu haben, weil bereits eine Commission von Genieofficieren das Terrain begeht, um die Puncte für die Errichtung der neuen Forts festzustellen. Plan und System der Befestigungen sind indeß in Petersburg entworfen und vom Kaiser persönlich genehmigt worden.

Aus **Odessa** wird berichtet, daß der Regierung seitens mehrerer **deutscher** Colonien Gesuche um Schutz durch Militair-Abtheilungen zugegangen, weil die russische Landbevölkerung unverhohlen die Absicht ausspricht, demnächst die deutschen Colonien zu überfallen und auszuplündern. Bisher sind aber von Odessa nach den bedrohten Gegenden noch keine Truppenabtheilungen abgegangen. Die Haltung der Bauern ist geradezu eine bedrohliche. Sie sagen es Jedermann, der es hören will, daß es jetzt Zeit für den russischen Bauer sei, endlich auch zu etwas zu kommen. Die Juden und Deutschen hätten ihm bisher Alles weggeschnappt, deshalb müßten diese wieder Alles herausgeben und aus Rußland vertrieben werden.

In einer Unterredung, welche der Pariser Correspondent der „N. F. Pr." mit dem **russischen** Botschafter Fürsten **Orlow** hatte, erklärte der Fürst, daß er den Frieden **Europas** für längere Zeit nicht gefährdet sehe; er sei ein Friedensfreund, müsse aber die schmeichelhafte Meinung ablehnen, als ob es seiner bedurft hätte, um noch dem unangenehmen Eindrucke, den die Rede **Skobelff's** gemacht, Europa den Frieden zu erhalten. Der Friede sei nirgends ernstlich bedroht gewesen; die officiellen Kreise in Rußland, namentlich der Zar, hätten an einen Krieg mit irgend einer Macht niemals gedacht, und was speciell Oesterreich betreffe, so habe Kaiser Franz Josef alle Sympathien des russischen Hofes. Ja, im Volke habe es in Rußland, wie anderwärts, Aufgeregte und Unzufriedene gegeben, allein diese hätten nicht die Macht besessen, um die leitenden Kreise zu einem offensiven Schritte zu bestimmen. Man habe seinem Besuche bei dem **Fürsten Bismarck** eine übertriebene Bedeutung beigemessen. Er (Orlow) kenne Bismarck seit fünfundzwanzig Jahren, sei mit ihm eng befreundet und werde es hoffentlich, so lange er lebe, bleiben. So oft er nur könne, besuche er gern den Fürsten Bismarck, und es müsse ihm nicht immer deshalb eine Mission zugeschrieben werden. Er habe mit dem Fürsten Bismarck dessen schöne Waldungen besucht und mit ihm einige angenehme Stunden verbracht; zu einer Intervention hatte er keinen Anlaß, weil trotz Allem, was gesprochen und geschrieben worden, die Beziehungen der Regierungen zu einander durchaus freundlich geblieben waren. Das Gespräch kam sodann auf die inneren Zustände Rußlands, welche den Fürsten mit Betrübniß erfüllen. Es beschäftige ihn sehr, sagte Fürst Orlow, auf welche Weise baldigst Abhilfe geschaffen werden könnte. **Deutschland** hätte kürzlich einen sehr energischen Versuch gemacht, die Entfernung des Grafen **Ignatieff** aus der Regierung durchzusetzen; der Versuch sei aber nicht gelungen, da dem Zar die Meinung beigebracht wurde, sein Leben sei nur sicher, wenn er sich auf Männer stütze, welche großen Einfluß auf die panslavistische Welt haben.

Nach einer aus **Konstantinopel** von bester Seite kommenden Meldung, hat der Sultan sowohl den Großvezier, **Abdurrahman** Pascha, als auch den Minister des Aeußern, **Said** Pascha, bestimmt angewiesen, sich in möglichst freundschaftlichen Verkehr mit den Botschaften der Mächte zu setzen und ähnliche Weisungen auch an die übrigen Ministerdepartements ergehen lassen. Nach der ganz entgegengesetzten Praxis, welche in dieser Richtung in letzter Zeit geherrscht hatte, verfehlte diese Kundgebung des Sultans nicht, in den diplomatischen Kreisen Konstantinopels, in denen sie als Symptom des Eintrittes einer neuen Phase in der äußeren Politik des Sultans interpretirt wird, lebhaftes Aufsehen zu erregen.

Das „Journal de St. Pétersbourg" führt aus, daß die Versöhnung zwischen dem **Khedive** und den **egyptischen** Ministern die Schwierigkeiten der egyptischen Frage noch